

**Pressemitteilung**

Telefon	+49 (0)201 183-2437
E-Mail	oeffentlichkeit@asta-due.de
Anschrift	Universitätsstr. 2, 45141 Essen
Raum	T02 S00 K03
Datum	31.01.2018

**Studierendenvertretung enttäuscht von Ministerin  
AStA fordert Pfeiffer-Poensgen zum Gespräch auf**

Nachdem Wissenschaftsministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen am gestrigen Dienstag ihr Eckpunktepapier zur Novellierung des Hochschulgesetzes vorgestellt hat, meldet sich nun der Duisburg-Essener AStA zu Wort. Die Studierendenvertretung zeigt sich enttäuscht, dass Studierende nicht in die Überlegungen mit einbezogen wurden. „Wir wurden von der Ministerin übergangen“, zeigt sich Amanda Steinmaus, Referentin für Hochschulpolitik, enttäuscht und ergänzt: „Die meisten Regelungen betreffen in erster Linie Studierende. Wir hätten uns gewünscht, dass die Ministerin im Vorfeld mit uns spricht.“ Das Eckpunktepapier der schwarz-gelben Landesregierung sieht unter anderem vor, die abgeschaffte Anwesenheitspflicht wieder zu ermöglichen und die Vertretung für die Belange studentischer Hilfskräfte wieder abzuschaffen. „Diese Maßnahmen sind ein Einschnitt für Studierende. Insbesondere internationalen Studierenden wird ihr Studium dadurch verunmöglicht. Sie müssen aufgrund geplanter Studiengebühren mehr arbeiten, sollen aber gleichzeitig in der Uni präsent sein“, kritisiert Nils Kriegeskorte, ebenfalls Referent für Hochschulpolitik. Die Studierendenvertretung kritisiert, dass die Landesregierung ihre Vorhaben mit einem Freiheitsbegriff argumentiert. Studierende würden hingegen in ihrer Studierfreiheit eingeschränkt. Für Kriegeskorte ein unhaltbarer Zustand: „Wir treten für ein selbstbestimmtes Studium ein. Studierende müssen auch anderen Aufgaben wie Pflege oder Lohnarbeit nachgehen und können gut selbst entscheiden, wann sie anwesend sind.“ Trotz der Enttäuschung über das bisherige Vorgehen der Landesregierung zeigt sich der AStA der Universität Duisburg-Essen gesprächsbereit. „Wir stehen weiterhin für Gespräche mit der Ministerin zur Verfügung und laden Sie gerne an die Universität Duisburg-Essen ein. Den Gesetzgebungsprozess werden wir konstruktiv begleiten“, teilt Steinmaus mit.